



Niederschrift

26. Plenarsitzung des Gemeinderates

28. Juli 2026, 15:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 9 der Tagesordnung: Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Rheinhafen-Dampfkraftwerk, Block 9, Fettweisstraße 60, Rheinhafen" (VbB RDK9); Aufstellungs-, Veröffentlichungs- und Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 BauGB; Ermächtigung zum Abschluss des Durchführungsvertrages und des Generalvertrages  
Vorlage: 2026/0435**

**Punkt 9.1 der Tagesordnung: Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Rheinhafen-Dampfkraftwerk, Block 9, Fettweisstraße 60, Rheinhafen" (VbB RDK9); Aufstellungs-, Veröffentlichungs- und Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 BauGB; Ermächtigung zum Abschluss des Durchführungsvertrages und des Generalvertrages  
Ergänzungsantrag: GRÜNE  
Vorlage: 2026/0435/1**

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Planungsausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss

1. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Rheinhafen-Dampfkraftwerk, Block 9, Fettweisstraße 60, Rheinhafen“ (VbB RDK9) und die Fortsetzung des Bebauungsplanverfahrens mit der Veröffentlichung des Bebauungsplanentwurfes im Internet und der ergänzenden öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.

Der Auslegung ist grundsätzlich der Bebauungsplanentwurf vom 30. August 2025 in der Fassung vom 14. Juni 2026 zugrunde zu legen. Änderungen und Ergänzungen, die die Grundzüge der Planung nicht berühren, kann das Bürgermeisteramt noch in den Bebauungsplanentwurf aufnehmen und zu diesem Zweck gegebenenfalls die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes wiederholen.

2. Der Gemeinderat stimmt den Inhalten des Durchführungsvertrages mit dem Vorhabenträger in der Fassung vom 24. Juni 2026 (Anlage RDK9\_Durchführungsvertrag.pdf) und dem Generalvertrag zum Kraftwerksareal des Rheinhafen-Dampfkraftwerks Karlsruhe der EnBW in der Fassung vom 24. Juni 2026 (Anlage RDK9\_Generalvertrag.pdf) zu.

3. Das Liegenschaftsamt wird ermächtigt, den Durchführungsvertrag und den Generalvertrag abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Änderungsantrag GRÜNE: Mehrheitliche Ablehnung (17 Ja, 29 Nein)

Unveränderte Beschlussvorlage: Mehrheitliche Zustimmung (26 Ja, 18 Nein, 3 Enthaltungen)

**Der Vorsitzende** ruft die Tagesordnungspunkte 9 und 9.1 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen im Planungsausschuss am 9. Juli 2026 und im Haupt- und Finanzausschuss am 14. Juli 2026.

Bevor wir in die Diskussion einsteigen, klären wir kurz noch mal darüber auf, um welches Gebiet es sich handelt und was da passiert.

(Mehrere lautstarke Störer stürmen in den Sitzungssaal)

Können wir bitte den Saal räumen lassen? Ich weiß nicht, warum Sie nicht mit uns den vernünftigen Diskurs führen, anstatt hier die Sitzung zu stören. Das wird überhaupt keinen Erfolg haben. Also wir unterbrechen die Sitzung und holen gegebenenfalls die Polizei. Viertelstunde Pause. Wir treffen uns hier um 20 vor wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 16:27 Uhr bis 16:38 Uhr)

Wir sind noch nicht ganz vollständig, insofern ... Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wir sind beim Tagesordnungspunkt 9. Ich darf festhalten, dass Herr Stadtrat Dr. Cremer sich für befangen erklärt hat. Wir haben es mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan zu tun und dem entsprechenden Ergänzungsantrag der Grünen. Und jetzt erfolgt zunächst durch Frau Dederer-Schöberl eine kurze Darstellung, worum es hier im Einzelnen geht.

**Frau Dederer-Schöberl (Stadtplanungsamt):** Wir dürfen den Punkt jetzt kurz vorstellen. Wir hatten ihn ja sowohl schon im Planungsausschuss als auch im öffentlichen Ausschuss. Das ist das Plangebiet. Sie sehen, es umfasst zum einen den eigentlichen Standort, wo das Kraftwerk dann gebaut werden soll, das Rheinhafen-Dampfkraftwerk Block Nummer 9. Es umfasst aber auch Anschlüsse bis an den Rhein und vor allem auch den Kühlturm, was wiederum genau hier eben den großen Standortvorteil bringt, dass man ein neues Kraftwerk bauen kann und alte Infrastruktur mitnutzen kann. Genauso ist auch die Fernwärmeauskopplung mitgedacht. Hier sind dann die eigentlichen Gebäude inklusive eines Leitwartenhäuschens und Nebenanlagen, aber in der Mitte die zwei großen roten Gebäude sind dann das eigentliche Kraftwerk, die eben das vorhandene Gelände mitnutzen können und dies auch tun werden. Hier blau schraffiert die Ausgleichsflächen für die Baustelleneinrichtungen. Das will ich ausdrücklich betonen. Das Kraftwerk selber benötigt keine zusätzlichen Ausgleichsflächen, weil es eben auf der heutigen Kohlehalde errichtet wird. Die Kohlehalde wird entsprechend verkleinert, aber die Baustelleneinrichtung ist hier eben mitgedacht. Jetzt haben wir einen Maßstabssprung im Plan, inklusive dem östlich gelegenen ehemaligen Thermoselect-Gebäude. Auch hier wird Baustelleneinrichtung vorgesehen werden. Das Thermoselect-Anlagen-Gebäude wird zurückgebaut werden. Von dem

her haben wir hier auch schon während der Bauzeit eigentlich dann einen städtebaulichen Vorteil. Und auf die vertraglichen Details geht dann Herr Faller vom Liegenschaftsamt ein, der sich hier maßgeblich eingebracht hat.

**Herr Faller (Liegenschaftsamt):** Dann erst mal vielen lieben Dank. Ich mache das auch schneller als in den bisherigen Bereichen. Dem-RDK 9-Plänen liegen ergänzend und erweiternd zwei Verträge zugrunde, einmal ein Durchführungsvertrag und ein Generalvertrag, die wir in vielen Runden und auch teilweise mit harten Bandagen mit der EnBW verhandelt haben, um übergesetzliche und außergesetzliche Verpflichtungen, maßgebliche Verpflichtungen für Karlsruhe hier drin festzuschreiben. Beim Durchführungsvertrag ist unter anderem die Stilllegung des Blocks 7, die Vereinbarung von Emissions- und emissionsbegrenzten Maßnahmen über die gesetzlichen Bedingungen hinaus, insbesondere was die Jahresfrachten Stickstoffoxide und Ammoniak betrifft. Das Ganze wirkt dabei wie eine Betriebsstundenbegrenzung. Wir haben darüber hinaus die EnBW zu einer Absichtserklärung veranlasst, die ein Drittel geringere Jahresfrachten noch mal weiter vorsieht. Und wir haben im Generalvertrag darüber hinausgehende Verpflichtungen aufgenommen, insbesondere Verpflichtungen zum Fuel Switch, nicht nur auf Wasserstoff, sondern auf grünen Wasserstoff und die Verpflichtung auch der EnBW, hier an einer Wasserstoffauktion frühestmöglich teilzunehmen. Wir haben die Verpflichtung zur Minimierung des Einsatzes von Erdgas mit hohen Klimagas-Vorketten durch Förderung und Transport. Das betrifft insbesondere LNG- und Fracking-Gas. Wir haben also in allen Bereichen, und dazu kommt noch ein Nachnutzungskonzept, mehr verhandelt, als gesetzlich vorgesehen ist, und mehr verhandelt, als gesetzlich überhaupt geregelt ist. Immer mit dem Blick darauf, was uns vorgegeben wurde, und haben dementsprechend auch bis zum Rande dessen verhandelt, was die EnBW bereit war zu geben. Was haben wir dadurch und was war unser Ziel? Wir haben Versorgungssicherheit mit Gasstrom. Wir haben die Herausnahme von Block 7 und damit perspektivisch reinere Luft. Wir haben einen Gasabnehmer, der auf dem Gasmarkt die Gewichtung für Gas mit geringeren Vorkettenemissionen stärkt und nicht einfach noch einen obendrauf setzt. Wir haben perspektivisch einen Wasserstoff-Großabnehmer, welcher entsprechende Gewichtung beim Ausbau des Wasserstoffnetzes in Karlsruhe haben wird und darüber hinaus auf diesem Wasserstoffmarkt die Bildung und Stärkung des Marktes für grünen Wasserstoff fördern wird. Und wir haben nicht zuletzt auch noch die Einflussmöglichkeit auf eine weit sichtbare Landmarke.

**Frau Dederer-Schöberl (Stadtplanungsamt):** Hier hatten wir noch eine Folie für Sie vorbereitet mit den Emissionen, und Sie sehen, die werden mit dem realistischen Betriebsszenario ganz rechts der Balken am Ende deutlich niedriger sein als der aktuelle Bestand im heutigen Betrieb, der zweite Balken von links. Da könnten wir dann auch noch mal bei Fragen näher drauf eingehen. Jetzt, da es um die Offenlage geht, wollen wir auch noch mal kurz die Daten darlegen, wann Sie die Möglichkeit haben, also die Öffentlichkeit die Möglichkeit hat, sich zu äußern und Anregungen vorzutragen. Das wird vom 17. August bis zum 22. September möglich sein. Und wir wollen ausdrücklich darauf hinweisen, dass es auch noch eine Informationsveranstaltung zur Offenlage geben wird am 15.09.2026. Hier steht auch, die Veranstaltung wird hier stattfinden von 17:00 bis 19:00 Uhr. Und wir bitten Sie, sich anzumelden, da der Platz begrenzt ist.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Wir müssen hier mit diesem Tagesordnungspunkt grundsätzlich zur Kenntnis nehmen, dass wir es eben seit Jahren noch nicht geschafft haben, bundesweit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir auf den Neubau von Spitzenlastkraftwerken, die fossil betrieben werden, angewiesen sind. Das ist das, was wir grundsätzlich kritisieren, und das ist das, was wir eben leider auch jetzt hier vor Ort in Karlsruhe nicht vollständig heilen können. Wir

haben aber zur Kenntnis genommen und das ja auch schon genutzt mit einem Änderungsantrag im vergangenen Jahr, dass wir durchaus auf die Frage: Wie wird hier ein Kraftwerk gebaut und betrieben?, noch Einfluss nehmen können, um, wenn diese Kraftwerksleistung realisiert wird, eben dafür zu sorgen, dass möglichst wenig CO<sub>2</sub>-Emissionen ausgestoßen werden, dass möglichst wenig lokale Luftschadstoffe ausgestoßen werden.

Wir sehen auch, Frau Dederer, Herr Faller hatten es gerade ja auch skizziert und auch in den vergangenen Ausschusssitzungen noch deutlich ausführlicher beschrieben, wie viel Arbeit da reingeflossen ist in die Verhandlungen der Verwaltung und dass da durchaus auch Fortschritte erzielt worden sind. Es sind auch Punkte erreicht worden, die wir vielleicht auch nicht so für möglich gedacht hatten, nämlich dass wirklich eine Kompensation der CO<sub>2</sub>-Emissionen ab dem Jahr 2035 auch in den Verträgen vereinbart ist und dass auch eine Kaskade des sozusagen Ersatzes von Brennstoffen vorgesehen ist, wenn eben noch kein Wasserstoff zur Verfügung steht. Es ist aber aus unserer Sicht so, dass es eben noch nicht ausreichend ist, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen noch nicht ausreichend begrenzt werden, weil wir uns beispielsweise am Bundesmix des Gasnetzes orientieren und nicht wenigstens eine Zielsetzung vereinbaren, darunter zu liegen. Und dass wir auch diese große Diskrepanz sehen zwischen dem, was die EnBW sagt, auch in einer Absichtserklärung sagt, auszustoßen an Luftschadstoffen wie Stickoxiden oder Ammoniak, aber dann im Vertrag eben doch nicht bereit ist, sich auch darauf zu verpflichten. Und aus unserer Sicht wäre es dann durchaus möglich, dieser Absichtserklärung auch verbindlichere Taten beziehungsweise Worten folgen zu lassen und an der Stelle den Vertrag auch noch mal weiter zu verhandeln, nachzuverhandeln. Wir sehen, wie die Verwaltung in der Stellungnahme schreibt, dass das ein gewisses Risiko hat, jetzt noch mal nachzuverhandeln. Warum ist aber der Vertrag an der Stelle noch nicht unterschrieben? Es ist durchaus auch in anderen Bebauungsverfahren so, dass mit dem Auslegungsbeschluss der Vertrag auch schon unterschrieben ist. Also dann könnte man sich ja wenigstens schon mal auf das verpflichten, was man heute hat. Von daher haben wir diesen Änderungsantrag noch mal gestellt, um CO<sub>2</sub>-Emissionen und Luftschadstoffe zu minimieren. Und das wäre für uns noch mal das Mindeste, um wenigstens mehrheitlich der Vorlage zustimmen zu können. Wir bieten auch gerne an, getrennt abzustimmen über den Änderungsantrag.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Es ist ein wichtiges Thema für unsere Region, vor allem für unsere Stadt. Um es klar zu sagen: Meine Fraktion ist der Überzeugung, dass wir dieses Kraftwerk brauchen und dass es uns sehr, sehr viele Vorteile, Reflexe bietet, die es dann ein wenig sogar noch erleichtert, dieser Projektierung zuzustimmen. Es ist ja schon genannt worden, was wir da erreichen. Wir werden sehr frühzeitig die Chance haben, wasserstoff-fähige Betriebsstoffe zu verwenden. Wir werden auf das RDK 7 verzichten. Wir werden RDK 8 nur als Reserve noch brauchen. Es ist sicherlich ein hoher Wirtschaftlichkeitsgrad nachgewiesen. Überhaupt zu den Verhandlungen mit EnBW muss man mal sagen, dass die zumindest in der zweiten Stufe der uns überbrachten Informationen als sehr, sehr konstruktiv und realistisch dargestellt worden sind. Am Anfang hat es noch emotionale Diskussionen gegeben. Man fühle sich nicht ernst behandelt und so weiter. Dem möchte ich vonseiten meiner Fraktion ausdrücklich widersprechen. Solche Verhandlungen müssen natürlich auf fairem Niveau geführt werden, und so wurde es dann auch gehandhabt. Die CDU sieht in der EnBW keinen Gegner, wie es manche doch irgendwie vermuten lassen. Ich habe keinen Grund, der EnBW zu misstrauen und Aussagen nicht ernst zu nehmen. Dass man jetzt hier sehr gut verhandelt hat und in juristischer Sicht auch möglichst viel festzurren konnte, das ist ein gutes Ergebnis, das wir natürlich begrüßen. Aber wir sollen den Bogen nicht überspannen. Noch mal: Wir brauchen dieses Kraftwerk, jedenfalls auf der

Basis der bisherigen Politik und Versorgung unseres gesamten Landes, nicht nur von Karlsruhe. Und ob jetzt die EnBW hier zum Zuge kommt, was ich begrüße, was wir begrüßen, ist die eine Seite. Wenn aber an einem anderen Standort genau das Gleiche gemacht wird, haben wir klimapolitisch nichts gewonnen. Also ich glaube, der Weg ist völlig richtig, und wir unterstützen hier die Stadt uneingeschränkt.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Die Diskussion um RDK 9 wird intensiv, emotional und auch engagiert geführt hier in der Bevölkerung, hier im Gemeinderat. Und ich glaube, wir haben gerade eben ein, wie ich persönlich finde, etwas unschönes Beispiel dafür gesehen, wie man diesen Emotionen unterschiedlich Raum lassen kann. Wir bringen unsere Emotionen in der Debatte zum Ausdruck, suchen andere Wege. Aber ich glaube, da sind wir uns hier weitestgehend einig, was der richtige Weg ist. Es geht um den Klimaschutz, es geht um die Versorgungssicherheit, es geht um die Zukunft unserer Energiesysteme. Also es gibt einen guten Grund, engagiert zu diskutieren. Für uns als SPD ist es wichtig, dass wir uns auf unsere Rolle, die wir in der Kommunalpolitik haben, verständigen. Und das ist es eben nicht, die Entscheidung der Bundesregierung, was Kraftwerksstrategien und dergleichen anbelangt, zu diskutieren, sondern unsere Entscheidungskompetenz hier liegt ganz klar beim Baurecht. Und wir haben das Instrument des vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit dem Durchführungsvertrag, dem Generalvertrag, sehr langes, kompliziertes Wort, das am Ende uns aber die Möglichkeit gibt, eben nicht nur zu entscheiden, wo etwas in Karlsruhe gebaut wird und wie es aussieht, sondern auch darüber zu entscheiden, was dann dort an diesem Ort geschieht. Und zwar in diesem Fall wirklich ganz konkret auch Eingriff zu nehmen in die Frage, wie der Betrieb so eines Kraftwerks vonstattengehen kann. Herr Fallner und Frau Dederer-Schöberl haben, finde ich, schon ganz schön erklärt, was wir alles Gutes dort rein verhandelt haben in diesen Vertrag. Wir haben den Umstieg auf den Wasserstoff vertraglich klar festgehalten, und zwar regenerativer Wasserstoff. Wir haben festgehalten, wie die Vorkettenemissionen vom CO<sub>2</sub>, von dem Gas, aussehen muss, das wir bis dorthin benutzen. Eben nicht nur irgendwelches LNG-Gas, sondern vor allem Erdgas von anderen Quellen, die deutlich weniger Vorkettenemissionen haben. Wir haben uns darüber verständigt, wie die emissionsrechtlichen Dinge hier vor Ort aussehen, wie viel Ammoniak zum Beispiel hier in die Umwelt ausgetragen wird. Auch dort sind wir weit unter den gesetzlichen Obergrenzen. Wir haben für Karlsruhe noch viele andere Vorteile hier rausgehandelt. Der Kollege hat gerade vom Wasserstoff schon gesprochen. Das ist wichtig für uns als Standort, nicht nur für die Energieversorgung, sondern auch für die Versorgung der vielen produzierenden Gewerbe, die wir hier in Karlsruhe haben. Wir haben eine weitere Möglichkeit geschaffen, für die Wärmeversorgung von Karlsruhe zu sorgen. Etwas, das wir jetzt ja gleich im nächsten Punkt auch noch mal debattieren, deswegen will ich das an der Stelle gar nicht so sehr ausführen. Auch hier eine Quelle, die ab '35 CO<sub>2</sub>-neutral sein wird. Es ist wirklich ein großer Gewinn für Karlsruhe, und wie es der Kollege gerade gesagt hatte, würden wir hier von unserem Recht missbräuchlich Gebrauch machen und sagen: „Wir schaffen, wir erlauben euch kein Baurecht hier zu bekommen“, dann würde es eine andere Kommune machen, und dann hätten die diese Vorteile. Und ich weiß nicht, ob die genauso hart verhandeln würden wie unsere Stadtverwaltung, die all diese guten Dinge in diesen Vertrag reinverhandelt hat. Deswegen von der SPD-Fraktion gibt es ein ganz klares grünes Licht heute für diesen Bebauungsplan.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Die Planungen, über die wir reden, werden erst möglich durch das neue Strom-VKG, das Stromversorgungssicherheits- und Kapazitätengesetz. Schon im September und dann noch mal im Dezember werden Zuschüsse für jeweils 4,5 Gigawatt an neue Erdgaskraftwerke vergeben. Nur für das Bereithalten dieser Kraftwerke soll es dann 15 Jahre lang

Zuschüsse in Höhe von jährlich bis zu 244 Euro für 1.000 Watt geben. Das entspricht dem Stromverbrauch eines Föhns. Unabhängig davon, wie oft und wie lange diese Erdgaskraftwerke betrieben werden. Das wird wohl bis zu 40 Milliarden Euro an zusätzlichen Stromkosten für alle bedeuten. Und das, obwohl der deutsche Industriestrompreis bereits unsubventioniert bei 17 Cent pro Kilowattstunde liegt, der in den USA oder China dagegen nur bei 6 Cent pro Kilowattstunde. Wir als AfD fordern stattdessen, neun unserer Kernkraftwerke wieder ans Netz zu nehmen, inklusive Philippsburg 2 ganz hier in der Nähe. Nach Studien des Deutschen Branchenverbands KernD und der Radiant Energy Group können so 12 Gigawatt an zuverlässiger, regelbarer, Co<sub>2</sub>-freier Grundlast für zusammen 18 Milliarden innerhalb von jeweils zwei bis sechs Jahren wieder ans Netz gehen und der Strompreis würde gesenkt. Die Energiewende wird derzeit ohnehin nur noch durch zig Milliarden neuer Kredite am Leben gehalten, sodass wir die Investitionen, die nur auf Basis des Strom-VKG in neue Erdgaskraftwerke fließen, für viel zu riskant halten. Aber das muss das jeweilige Unternehmen wissen. Den Vertrag, den die Stadt der EnBW als Bedingung für die Bebauungsplanänderung aufzwingt, halten wir für völlig überzogen. Die zusätzlichen Bedingungen, denen das neue Erdgaskraftwerk genügen muss, werden dessen Betrieb weiter verteuern und seinen Einsatz noch seltener wirtschaftlich machen. Hier bringt die links-rot-grüne Gemeinderatsmehrheit, unterstützt durch die CDU, wieder einmal die Unternehmen, die versuchen, die Energieversorgung unserer Region in einem schwierigen politischen Umfeld sicherzustellen, in Schwierigkeiten. Dieses Dokument der Selbstüberschätzung des Gemeinderats und den Grünen Änderungsantrag lehnen wir ab, wohl wissend, dass die Bundesregierung ohnehin plant, die Abhängigkeit der Energieversorger von Bebauungsplanänderungen bald mit neuen Gesetzen abzuschaffen.

**Stadträtin Lorenz (FDP/FW):** Jetzt muss ich erst einmal tief Luft holen. Wir haben ja bereits im April einen Grundsatzbeschluss zum RDK 9 gefasst, und an den fühlt sich meine Fraktion nach wie vor gebunden, beziehungsweise möchten an dem festhalten. Die EnBW hat hohe finanzielle Garantien für die Auktion im September 2026 abzugeben und braucht von uns Planungssicherheit. Und auf der anderen Seite braucht die Bevölkerung und die Unternehmen von Karlsruhe Sicherheit, was die Energieversorgung betrifft und vor allem auch Bezahlbarkeit. Das ist ein ganz großes Thema. Und die Diskussion geht, glaube ich, ein bisschen um die jeweiligen persönlichen Vorlieben bei der Energieversorgung, was man auch bei dem kurzen Zwischenfall hier gesehen hat. Aber eins ist doch ganz klar: Wir diskutieren nicht darum, ob dieses Kraftwerk gebaut wird, sondern wo. Und dann ist es immer noch besser, das haben auch schon einige meiner Vorredner gesagt, wir haben es hier in Karlsruhe und wir produzieren die Wärme hier, und wir kriegen auch den Anschluss an das Wasserstoffkernnetz. Besser als in Würth, so sehe ich es zumindest, ohne persönliche Empfindlichkeiten gegen die Kollegen auf der anderen Reinseite. Deshalb von uns ein ganz klares Ja. Ich spare Ihnen jetzt ein bisschen Redezeit, wir haben ja schon heute viel verloren. Wir stimmen der Vorlage zu, den Änderungsantrag der Grünen lehnen wir ab, weil wir auch sehen, irgendwann ist der Bogen überspannt. Wir haben, die Verwaltung und die betroffenen Ämter haben lange und viel verhandelt. Und wenn wir noch ein paar Tage abwarten, gibt es vielleicht eine Gesetzesänderung, und dann muss die EnBW sich wahrscheinlich an gar nichts mehr halten von dem, was wir verhandelt haben. Und dem sollten wir zuvorkommen.

**Stadtrat Gaukel (Volt):** Da kann ich mich der Kollegin Lorenz dann doch auch bei sehr vielem anschließen dieses Mal. Da ist sie ganz erstaunt. Gaskraftwerk oder kein Gaskraftwerk, das ist eine Entscheidung, die wir die letzten Monate jetzt sehr viel diskutiert haben. Und das ist eine Entscheidung, die einfach ist. Natürlich wollen wir keine neuen Gaskraftwerke, zumindest wir

von Volt. Nun ist es aber keine Plenardebatte auf bundes- oder europäischer Ebene, sondern eine kommunale Debatte. Wir können nicht über die Energiepolitik des Bundes oder gar Europas entscheiden. Gas ist laut EU-Taxonomie grün, und das Bundeswirtschaftsministerium hat in der Ampel und nun auch in der GroKo entschieden: Zur notwendigen Stabilisierung des Netzes soll es neue Gaskraftwerke geben. Und auch der für uns zuständige Übertragungsnetzbetreiber fordert neue, regelbare Leistungen. Klammer auf, Atomkraftwerke sind das übrigens nicht, formhalber. Und auch brauchen wir das, um den erfreulich starken Ausbau der Erneuerbaren nicht durch Probleme der Netzstabilität auszubremsten. Nun gibt es dafür andere Möglichkeiten, und gewiss würde ich hier eine deutlich andere Rede halten, wäre ich in einem der anderen Gremien. Da bin ich aber nicht.

Ich kann überlegen, was die beste Entscheidung aus kommunaler Sicht in der aktuellen politischen Lage ist. Denn eines muss man deutlich sagen: Zu glauben, ein Nein heute würde ein Gaskraftwerk verhindern, ist naiv. Ja, es verhindert ein Gaskraftwerk hier, in unserem Backyard. Aber es stoppt nicht die Ausschreibung zur Förderung, und am Ende bekommt jemand den Zuschlag, der keinen Durchführungsvertrag wie wir gemacht haben. Oder das Bundesgesetz zur Vereinfachung geht durch und es ist kein B-Plan nötig, die EnBW darf bauen ohne städtebaulichen Vertrag. Welche negativen Auswirkungen das haben kann, haben wir auch in verschiedenen Grafiken gut gesehen, auf den Ausstoß bezogen. Ja, Gaskraftwerke sind schlecht. Aber dank der Verhandlungen der Stadt haben wir die Chance, das Beste aus einer schlechten bundespolitischen Lage zu machen. Und da möchte ich auch noch mal ein großes Dankeschön an die ganze Mannschaft, die hier hinter den Verhandlungen in den letzten Wochen und Monaten stand und Tausende Seiten Dokumente gewälzt hat, aussprechen. Aber auch ein Dank an die EnBW für mehrere, teils sehr lange Ausschusssitzungen und dem Beantworten unserer vielen Fragen. Und auch den Grünen möchte ich für den Antrag danken. Natürlich würde ich mir den Vertrag mit diesen Ergänzungen wünschen. Er kommt aber, wie die Stellungnahme der Verwaltung lauten lässt, wohl zu spät. Und er riskiert eben die Verzögerung, dass dann eben kein Vertrag zustande kommt, weil er nicht mehr nötig ist. Nein, diese Entscheidung macht nicht glücklich. Aber Entscheidungen, die durch überkommunale Rahmenbedingungen schwer, aber notwendig sind, haben mit der aktuellen Haushaltslage schon viele treffen müssen. Da werden wir heute, wenn auch mit wenig Enthusiasmus, zustimmen. Denn am Ende wird es noch eines der besten Kraftwerke sein, die an der Ausschreibung teilnehmen. Es gibt uns die Möglichkeit, Karlsruhe an das Wasserstoffnetz anzubinden, und es lässt uns unseren Beitrag an der Energieversorgung der Region leisten.

**Stadträtin Kaufmann (Die Linke):** Wir haben uns bereits im April klar gegen den Bau von RDK 9 ausgesprochen, und wir tun es heute erneut. Denn dieses Projekt ist nichts anderes als ein weiteres fossiles Gaskraftwerk, das unsere Stadt über Jahrzehnte belasten würde und das wir schlichtweg nicht brauchen. Selbst im Fall einer Dunkelflaute stehen uns bestehende Anlagen zur Verfügung. RDK 8 soll laut Planung ohnehin als Netzreserve mit bis zu 3000 Betriebsstunden weiterlaufen. Ein neues Kraftwerk zu bauen, obwohl Reserven vorhanden sind, ist energiepolitisch nicht notwendig und ökologisch unverantwortlich. Was hier geschieht, folgt der Logik wirtschaftlicher Interessen, nicht dem Allgemeinwohl. Der enorme Ressourcenverbrauch für Bau und Betrieb wird ignoriert. Denn die sogenannte graue Energie, die in ein solches Großprojekt auch fließt, ist gigantisch. Noch gravierender für uns, während anfangs von reinen Spitzenlastabdeckungen die Rede war, geht der Betreiber inzwischen von 3000 bis 4000 Volllaststunden aus, also Mittellast-betrieb. Im emissionsschutzrechtlichen Antrag an das Regierungspräsidium werden sogar 8.760 Stunden beantragt. Dies widerspricht aus unserer Sicht allen bisherigen

Darstellungen. Ein solches Kraftwerk würde stündlich 3500 Kubikmeter Rheinwasser zur Kühlung entnehmen, also 3,5 Millionen Liter Wasser pro Stunde. Das erwärmte Wasser gelangt anschließend wieder in die Umwelt und beeinflusst das Klima rund um den Rheinhafen und eventuell darüber hinaus. In Zeiten zunehmender Hitze ist das ein weiterer Faktor, der unsere Städte zusätzlich aufheizt. Hinzu kommen massive CO<sub>2</sub>-Emissionen, die in unserer Klimabilanz zwar nicht auftauchen, wie es heißt, trotzdem diese insgesamt verschlechtern, und auch die Kompensationen sind da für uns kein Trost. Die angebliche spätere Umrüstung auf Wasserstoff ist ungewiss und liegt in weiter Ferne. Mit dem Betrieb steigen außerdem Stickoxide, Feinstaub und andere Luftschadstoffe. Das führt zu Überdüngung, Versauerung und Belastung unserer Ökosysteme. Direkt neben dem Standort liegt ein Natura-2000-Gebiet. Auch wenn die Grenzwerte laut Bericht nicht erheblich überschritten werden sollen: Der Einfluss ist real und nicht wegzudiskutieren. Und selbst die Bauphase hinterlässt Schäden. Rund 45 Bäume sollen gefällt werden. Jeder einzelne Baum ist angesichts der Klimakrise wertvoll, auch im Industriegebiet. Der Generalvertrag mag in einigen Punkten über das gesetzliche Minimum hinausgehen, doch er reicht bei Weitem nicht aus. Deshalb unterstützen wir den Änderungsantrag der Grünen. Aber klar ist: Die beste Lösung wäre, dieses Kraftwerk erst gar nicht zu bauen.

**Stadtrat Haug (KAL):** Für uns als KAL ist noch zu vieles offen. Zu viele Wenns. Wird absehbar ausreichend grüner Wasserstoff zur Verfügung stehen? Wir sehen uns nicht in der Lage, eine vernünftige Entscheidung zu treffen. Was wir sehen, ist, dass durch das RDK 9 weiter auf fossile Energie gesetzt wird. Über viele Jahre werden Kohlendioxid und Stickoxide in die Umwelt abgegeben und damit diese falsche Entwicklung weiter zementiert. Was wir brauchen, ist der Umstieg auf alternative Energien, wie beispielsweise eine Flusswärmepumpe oder Geothermie am Rheinhafen. Wir werden uns deshalb enthalten.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR):** Die Frage ist tatsächlich: Gibt es wirklich keine Alternative zum Molekül, zum Gas? Und ich behaupte, obwohl es nicht schön anhört: Es gibt aktuell keine Alternative. In der Südstadt ist letzte Woche der Strom ausgefallen für eine ganze Zeit lang. Das ist in Karlsruhe ab und zuvor gekommen. Unsere Stromnetze sind nicht so ausgestattet, dass wir so stabil Strom liefern können. Und dann gleichzeitig ist es so, dass der Strombedarf permanent steigt. Und wie wollen wir das hinkriegen? Ich betone: Ich bin froh über den Fortschritt bei den erneuerbaren Energien. Das ist eine hervorragende Sache. Wir sind da richtig weitergekommen. Aber ich betone da gleichzeitig zu, dass wir damit ja die Probleme nicht lösen von unserem Stromnetz. Wir können nicht liefern, was wir brauchen. In der Dunkelphase, in Hoch-/Spitzenzeiten. Und deswegen brauchen wir das Molekül. Wir brauchen das, und wir kommen ohne das nicht aus. Ich sage, das ist keine perfekte Entscheidung. Das ist eine Entscheidung mit vielen Schmerzen. Und ich verstehe jeden, der Bedenken hat. Aber ich sehe keine Alternative für die nächsten Jahre, wenn wir Stromsicherheit haben wollen. Deswegen an dieser Stelle sage ich: keine perfekte Entscheidung, aber die richtige.

**Der Vorsitzende:** Mir sind noch mal Bemerkungen wichtig: Das eine, das ursprüngliche Konzept stammt ja noch aus der Ampelkoalition. Das heißt, es war ein grün geführtes Ministerium, das das ursprünglich mit diesen 20 Gaskraftwerken für die Spitzenzeiten vorgeschlagen hat. Das wird jetzt unter etwas schlechteren Bedingungen für die Umwelt weitergeführt. Aber es ist jetzt doch eine längere Diskussion, der wir uns als Kraftwerkstandort stellen sollten. Und ich bin schon ein bisschen erstaunt, liebe Frau Stadträtin, dass Sie Stickoxide und vieles andere mehr aufführen, auch den Standort neben einem Natura-Gebiet, und gleichzeitig sagen, das soll dann in Spitzenzeiten doch das RDK 8 machen mit Steinkohle. Also da komme ich ehrlich gesagt von



der Logik nicht mehr mit, denn wir sind uns, glaube ich, einig, dass Gas wesentlich umweltfreundlicher ist als Steinkohle. Und natürlich kann man sagen: Wir brauchen so ein Kraftwerk überhaupt nicht mehr in Karlsruhe. Das ist ja okay, kann man ja machen. Dann sind wir halt kein Kraftwerkstandort mehr. Dann soll aber keiner meinen, dass wir in absehbarer Zeit hier ein Wasserstoff-kraftwerk bekommen. Und nur wenn wir das Wasserstoffkraftwerk bekommen, sind wir wieder ein Kraftwerkstandort, der zukunftsfähig ist. Und hier wird ein Gaskraftwerk gebaut, das dann wasserstofffähig ist. Dazu haben sich alle verpflichtet. Und dazu trägt auch der Vertrag, den wir jetzt hier mit der EnBW schließen, maßgeblich dazu bei. Und wir können nur jetzt und nur hier diesen Einfluss nehmen. Denn wenn die angekündigte Befreiung von Bebauungsplänen kommt, dann kann sowieso jeder im Rahmen der entsprechenden Grenzwerte vor sich hin werkeln. Dann haben wir den Standort irgendwo anders zu deutlich schlechteren Bedingungen. Wir haben hier aber nicht die Möglichkeit, Fernwärme auszukoppeln und auch ein Stück weit hier die Rahmenbedingungen selber mitzugestalten. Deswegen kann ich nur dringend appellieren, dass wir uns jetzt an dieser Stelle für diesen Weg entscheiden. Er ist am Ende in vielfacher Hinsicht ein Vorteil für Karlsruhe, aber auch für die Klimabilanz insgesamt, weil wir hier mit anderen Bedingungen die EnBW zu einem Bau animieren können, als es sonst möglich wäre, wenn es keinen solchen Bebauungsplan geben müsste. Das vielleicht noch mal als Versuch, eine etwas simplifizierte Brücke zu bauen, die uns vor allem auf das reduziert, worum es aus unserer Sicht heute gehen kann, weil alle anderen großen Strategien können wir nicht beeinflussen.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Ich rufe zunächst den Änderungsantrag der Grünen auf und bitte hier um das entsprechende Votum ab jetzt. – Ich stelle eine mehrheitliche Ablehnung fest. Damit rufe ich die unveränderte Beschlussvorlage der Verwaltung auf und bitte hier um Ihr Votum ab sofort. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung. Kann mal jeder gucken, ob er da sich wiederfindet. Ich sehe jetzt keinen Widerspruch. Gut, vielen Dank.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
10. August 2026